



PROPAGANDISTIN

ZEITUNG DER ABTEILUNG 16 - GRÜNES DREIECK

Mitte bleibt rot!

Seite 12

Finanzmarktkapitalismus

Seite 9

Mietpreisbremse nutzen!

Seite 5

Grenzen des Konsums

Seite 8



Vorwort

aus dem Brüsseler Kiez

Liebe Leserin, lieber Leser,

2017 hat eindrucksvoll gezeigt: Wir leben in einer Zeit, die uns beständig mit Unbekanntem konfrontiert. Dazu gehören nicht nur die folgenreichen Entscheidungen von Donald Trump oder die Krisen, die weiterhin den Nahen Osten erschüttern. Nein, auch der erstmalige Einzug einer nationalistischen Partei in den Bundestag ist neu und birgt ganz eigene Herausforderungen.

Die Bundestagswahl im September hat einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Offenbar hat sich der innere Zusammenhalt in Deutschland in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Wo der eine Teil der Gesellschaft von wirtschaftlichem Aufschwung und politischer Stabilität profitiert, fühlt sich ein anderer Teil abgehängt und ungehört. Das Ergebnis der SPD bei den letzten Wahlen und die Debatte über die Regierungsbildung (S. 3) zeigen, dass auf der politischen Ebene einiges in Bewegung ist.

Auch vor unserem Kiez machen Veränderungen nicht Halt, wie man bei Projekten wie dem Himmelbeet (S. 7) oder der Veränderung unserer Kiezgastronomie sehen kann (S. 14). Besonders steigende Mieten (S. 5 und S. 13) haben immer deutlichere Auswirkungen auf das Zusammenleben rund um Sprengelstraße und Brüsselerkiez.

Als Abteilung sind wir überzeugt: Zukunft ist kein Schicksal! Deshalb werden wir uns auch in diesem Jahr aktiv für unseren Kiez, den Wedding und ein solidarisches Europa einsetzen. Wir freuen uns darauf, Dir auch in den nächsten Ausgaben der Propagandistin von unseren Projekten zu berichten und laden Dich herzlich ein, daran teilzunehmen.

In diesem Sinne wünschen wir als Redaktionsteam eine spannende Lektüre und einen guten Start in das neue Jahr!

Herzliche Grüße

Moritz Fessler

(Publikationsbeauftragter der SPD „Grünes Dreieck“)

Impressum

V.i.S.d.P.: Moritz Fessler, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion: Moritz Fessler, Ruth Ilana Windmüller, Kolja Lummert, Wilder Herf, Sebastian Jüngst, Sigrid Hinteregger, Wiebke Rasmussen

Autor*innen und Autoren: Eva Högl, Susanne Fischer, Ephraim Gothe, Maja Lasić, Kolja Lummert, Stefan Fritzsche, Olaf Dahmke, Jan Knoefel, Wiebke Rasmussen, Pierre Harder, Sebastian Jüngst, Bettina Schulze, Mathias Schulz

Satz und Gestaltung: Wilder Herf

Das Redaktionsteam der Propagandistin (v.l.n.r.):
Sigrid Hinteregger, Kolja Lummert, Moritz Fessler, Ruth Ilana Windmüller, Wilder Herf, Wiebke Rasmussen, Sebastian Jüngst
Foto: Wilder Herf

Grünes Dreieck, wer ist eigentlich die SPD-Abteilung „Grünes Dreieck“?

Die SPD...

ist bundesweit organisiert. Sie ist in Landesverbände, Kreisverbände und Ortsvereine unterteilt. Die unterste Ebene ist der Ortsverein. Davon gibt es etwa 13.500 in Deutschland. Einer davon sind wir. In Berlin heißt ein Ortsverein „Abteilung“. Unsere Abteilung hat etwa 200 Mitglieder. Unser Gebiet ist der Sprengel- und der Brüsseler Kiez.

Das „Grüne Dreieck“...

ist unser Abteilungsname. Damit ist der Grünstreifen zwischen der Luxemburger Strasse und der Triftstrasse gemeint, der unsere Abteilung durchläuft. Auf diesem Grünen Dreieck befinden sich neben einer Laubenkolonie und dem Parkhaus die Weddinger Kinderfarm und der Abenteuerspielplatz Telux.

Als Abteilung...

sind wir im Kiez aktiv. Wir organisieren Veranstaltungen, Feste und Informationsstände. Wir setzen uns für die Vielfalt des Kiezes ein. Wir kämpfen gemeinsam für sozialen Zusammenhalt, faire Mieten und jede Form von Ausgrenzung und Rassismus.

Wir engagieren uns...

weil uns Politik Spaß macht und wir etwas verändern möchten. Wir finden, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugehen sollte. Hierzu wollen wir einen kleinen Beitrag leisten. Für Interessierte sind dabei stets alle Türen geöffnet. Schauen doch auch Sie mal bei eins vorbei!

Warum Propagandistin?

Der Name unserer Abteilungszeitschrift ist provokativ gemeint. Natürlich betreiben wir keine Propaganda. Im Gegenteil: Wir wollen eine offene Plattform für Diskussionen um Themen im Kiez, im Wedding und in Berlin bieten. Dazu sind auch alle Leser*innen und Leser herzlich eingeladen. Schreiben Sie uns gerne und beteiligen Sie sich!



Die 16. Abteilung stellt sich vor

Vera Weidmann



Kalle Schneider-Bodenbender



Warum bist Du in der SPD?

Weil es die Partei ist, die meinen eigenen „Bildungsaufstieg“ erst möglich gemacht hat. Als „Arbeiterkind“ einer alleinerziehenden Mutter habe ich früh einen Kampfgeist entwickelt, mich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Letztlich bedurfte es dann noch drei guter Freunde und eines Handys im richtigen Moment für meinen Beitritt vor 3,5 Jahren.

Wie bist Du in der Partei aktiv?

Ich habe die letzten zwei Jahre hauptamtlich für den Parteivorstand gearbeitet. Ansonsten bin ich gerne mit dabei auf der Straße und verteile, was man mir in die Hand drückt: Flyer, Zeitungen, Glühwein, Gummibärchen, Brausepulver...

Den Titel der „Schnapsbeauftragten“ trage ich mit großem Stolz seit dem letzten Spaghetti-Essen bei Ernst.

Wofür setzt Du Dich ein?

Mehr Europa, weniger Macho.

Was ist Dein Lieblingsort im Kiez?

Das Freya Fuchs würde ich als mein Wohnzimmer bezeichnen und im Sommer ist der Deichgraf mein Garten.

Wenn Du einen Wunsch frei hättest?

Wie es die heute-Show so schön beschrieb: Ich wünsche mir das politische Pony zu Weihnachten - die Vereinigten Staaten von Europa.

Warum bist Du in der SPD?

Obwohl seit 36 Jahren Mitglied in der SPD, halte ich sie nach wie vor für am ehesten geeignet, zusammen mit ihren Mitgliedern dafür zu sorgen, dass der Mensch ein Mensch ist/wird/bleibt.

Wie bist Du in der Partei aktiv?

Nach vielen Jahren Ortsvereinsvorsitz beteilige ich mich jetzt mit ‚gebremstem Schaum‘ an der Abteilungs- Arbeitsgruppe ‚Soziale Stadt‘. Ich denke, die AG ist ein Werkzeug, das durch die Erarbeitung von Einzel- und Teilforderungen am großen sozialdemokratischen Ziel der ‚Menschwerdung‘ mitwirken kann.

Wofür setzt Du Dich ein?

Im Moment setze ich mich für das Ziel ein, dass jeder Mensch sein Recht auf guten und bezahlbaren Wohnraum verwirklichen kann.

Was ist Dein Lieblingsort im Kiez?

Lieblingsorte in meinen beiden Kiezen sind mein Zuhause und die vielen, lebendigen Kneipen im Abteilungsbereich. Hier lässt sich auch mal jenseits von Tagesordnungen politisieren.

Wenn Du einen Wunsch frei hättest?

Es soll – jedenfalls ein wenig – richtiges Leben im Falschen geben. Soll hier heißen: dass der falsche US-Präsident trotzdem das Richtige tut und vor lauter Selbstverliebtheit keinen Krieg vom ‚Zaun‘ bricht.

Wann & wo trifft sich Deine AG?

Die Arbeitsgruppe ‚Soziale Stadt‘ trifft sich jeden 3. Donnerstag im Monat um 19 Uhr, im Lokal ‚Krisis‘, Brüsseler Straße 43, 13353 Berlin.

Stimmen zu den Sondierungsgesprächen

Katrin: "Ich bin gegen die GroKo. Sie ist schlecht für die Demokratie, denn niemand will ein „weiter so“. Außerdem ist es unfair, der SPD reines Parteidenken vorzuwerfen: Wenn die Partei totregiert wird, kann sich niemand mehr gegen die Rechten einsetzen."

20:53 ✓



Katrin engagiert sich für Geflüchtete und organisiert das Projekt „Politik machen, mitbestimmen, SPD“.

20:54

Ernest: "Wir sollten nicht in die GroKo gehen, denn die SPD muss erneuert werden. Wenn dieser Prozess erfolgreich sein soll, dürfen wir die Fehler der letzten Jahre nicht wiederholen."

20:53 ✓



Ernest ist seit November 2016 in der 16. Abteilung und ist leidenschaftlicher Fotograf.

20:54

Susanne: "Auf gar keinen Fall GroKo! Wir können der AfD nicht die Oppositionsführung überlassen. Wir sollten eher in eine Minderheitsregierung gehen, als mit der Union zu koalieren."

20:53 ✓



Susanne ist Mitglied in der BVV-Mitte und seit 2009 in der SPD.

20:54

Jens: "Die Themen der SPD können in der GroKo nicht umgesetzt werden. Deshalb sehe ich die GroKo sehr skeptisch."

20:53 ✓



Jens ist Mitglied der 16. Abteilung und jeden Sonntag bei der Laufgruppe am Start.

20:54

Nike: „Wenn wir in die GroKo gehen, stehen wir in vier Jahren nicht mehr zur Wahl. Machtstreben & Machterhalt sollten nicht das oberste Gebot der SPD sein.“

20:53 ✓



Nike ist Mitglied im Vorstand der 16. Abteilung und hat den blauen Gürtel in Taekwondo.

20:54

Johannes: "Staatspolitisch halte ich von der GroKo nichts. Ich kann nicht erkennen, wie drei Verlierer genug Gemeinsamkeiten aufbringen können, um zu regieren."

20:53 ✓



Johannes ist schon über 25 Jahre in der SPD und war lange Zeit Vorsitzender der 16. Abteilung.

20:54

Mietpreisbremse nutzen!

von Stefan Fritzsche und Olaf Dahmke



Was haben Mietpreisbremse und Mietspiegel mit uns und unserem Leben zu tun? Ganz einfach: Es sind Werkzeuge, die Mieter*innen benutzen können, um wenigstens ein klein wenig dämpfend auf die eigene und, ja: Solidarität!, die allgemeine Mietenentwicklung wirken zu können.

Die Mietpreisbremse war und ist ein Baustein der SPD-Strategie, um den Anstieg der Mieten zu bremsen. Als zahnlöser Tiger geschmäht und bei der CDU auf der Streichliste – aus Sicht von Mieter*innen und der SPD ohne Grund. Verbesserung und „mehr Biss“ sind nötig, aber halten wir fest: Mieter*innen haben ein Instrument, um sich gegen zu hohe Mieten nach Neuvermietung zu wehren!

Nach der sogenannten Mietpreisbremse, die in Berlin seit Juni 2015 gilt, muss bei Neuvermietung die Miethöhe auf bis zu zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Leider gibt es zahlreiche Ausnahmen, wie z.B. für Wohnungen in Neubauten, bei umfassenden Modernisierungen und für den Fall, dass die vorherige Miete schon über der laut Gesetz ortsüblichen „Vergleichsmiete plus zehn Prozent“ lag. Wie so oft ist aus einer simplen Idee eine komplexe Angelegenheit geworden...

Zusätzlich zeigen Auswertungen der Angebotsmieten, dass in Berlin mehrheitlich gegen die Mietpreisbremse verstoßen wurde. So weist der Berliner Mieterverein darauf hin, dass in Berlin der im Mietspiegel festgelegte obere Schwellenwert bei der Wiedervermietung um durchschnittlich 27,8 Prozent überschritten wird. Merke: Die Mietpreisbremse bremst nicht von alleine.

Mieter*innen können tätig werden – Recht haben sie

Bisher gehen nur wenige Mieter*innen gegen diese Vermietungspraxis vor. Mensch wünscht sich ein gutes Verhältnis zum Vermieter. Daher werden mitunter Konfrontationen vermieden und bei Anmietung der ersehnten Wohnung fragt keiner nach der alten Miete. Die Angst vor persönlichen Nachteilen, rausgeekelt zu werden oder die kostbare Wohnung zu verlieren, ist allgemein zu groß, gerade jetzt, wo Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland wieder zunehmen. Doch die Mieterberatungen dieser Stadt sind vorbereitet auf diese Art Fälle, auch um nach Abschluss eines neuen Mietvertrages aktiv zu werden und ggf. zu klagen.

Vermietungspraxis treibt den Mietspiegel weiter nach oben

Nicht nachvollziehbar ist, dass Vermieter*innen beim Verstoß gegen die Mietpreisbremse nichts befürchten müssen, außer dass die Miete bei erfolgreicher Aktion von Mieter*innen nach unten korrigiert werden muss. Verstöße sollte sanktioniert werden und mindestens sollte die zu viel gezahlte Miete zurückgezahlt werden müssen.

Für Mieter*innen, wie die Mehrzahl der Bewohner Berlins, bringt die Einhaltung der Mietpreisbremse günstigere Mieten. Mittel- und langfristig wird auch der Anstieg des Mietspiegels gedrosselt, wenn weniger hohe Neuvermietungen akzeptiert werden. Wenn die Bestandsmieten durch die Aktivitäten oder die Klagen von Mieter*innen gegen zu hoch abgeschlossene Mietverträge sinken, dann wird der Durchschnittsmiete des Mietspiegels kleiner. Daher gilt: Mieter*innen müssen in Bewegung kommen, sich beraten lassen, vernetzen und aktiv ihre Mieten überprüfen.

Direkte Beratung für Mieter*innen im Wedding:

Berliner MieterGemeinschaft e.v.
Wiesenstr. 30
13357 Berlin

Berliner Mieterverein
Müllerstraße 135
13349 Berlin

„Hochhaus Berlin“
Foto: Wilder Herf

Ehrung über Umwege

von Mathias Schulz und Bettina Schulze

Es ist bekannt: In der Politik dauern manche Dinge lang. Was die Umbenennung des so genannten „Rathausvorplatzes“ angeht, kann man allerdings inzwischen wirklich von einer Odyssee sprechen. Mehrere Jahre haben Stadtteilvertretung, Bezirksverordnete und die ansässige SPD Abteilung „Grünes Dreieck“ mit breiter Unterstützung der Bevölkerung dafür gekämpft, dass den Weddinger Widerstandskämpfer Elise und Otto Hampel eine angemessene Ehrung erfahren und der ehemalige Rathausvorplatz nach ihnen benannt wird.

Die Hampels sind aufgrund ihres Engagements gegen die Nazis in Plötzensee hingerichtet worden und finden sich als Romanfiguren in Hans Falladas Werk „Jeder stirbt für sich allein“.

Keine Unterstützung durch das Bezirksamt und landeseigene Immobilien GmbH

Verhindert hat die Umbenennung des Platzes die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM): die Eigentümerin des zentralen und größten Teils des Platzes. Sie hat ihre ursprüngliche Zusage der Namensgebung zuzustimmen, wieder zurück gezogen. Dazu haben sich die Verwaltungsmitarbeiter des Bezirksamts über mehrfache Beschlüsse der BVV zur Umbenennung hinweggesetzt und sie verhindert. Dieses Vorgehen ist von beiden Akteuren mehr als beschämend. Die Stadtteilvertretung hat nun vorgeschlagen, den Abschnitt der Limburger Straße zwischen Müllerstraße und Genter Straße nach dem von den Nazis ermordeten Ehepaar zu benennen. Dieser Vorschlag soll nun zügig umgesetzt werden. Zeit wird's!

Elise und Otto Hampel
Foto: Postkarte Hampel



Impressionen aus der 16. Abteilung
Foto: Verschiedene Personen



Zwischenrufe...

von Susanne Fischer

Totgesagte stehen länger?

Sollte das Parkhaus irgendwann verschwinden, gibt es bereits einige nützliche Ideen für das Gelände.

Totgesagt war das Parkhaus in der Triftstraße lange. Wirkte es jahrelang wie ein dunkler Rohbau, der noch vor Fertigstellung wieder abgerissen werden sollte. Erst mit „Dein Stellplatz“ kam im wahrsten Sinne des Wortes wieder Leben in die Bude. Das änderte aber nichts an den Gerüchten, dass das Parkhaus doch abgerissen werden soll. Spätestens mit dem, was wir als „wachsende Stadt“ bezeichnen – massiven Zuzug nach Berlin und ein damit verbundenes Ansteigen der Einwohnerzahl – waren oberirdische Parkhäuser endgültig Verschwendung von dringend benötigtem Platz. So gibt es tatsächlich Pläne für das Grundstück.

Ein Stadtquartier soll entstehen, wo unter anderem Studenten und Geflüchtete wohnen können. Auch soll eine neue Kita entstehen. Wenn... ja, wenn die Wirtschaftsverwaltung das Parkhaus für die neue Nutzung freigibt. Und wenn die Beuth Hochschule es nicht braucht. Deren Pläne für einen Ausbau in Tegel liegen auf Eis, bis der BER öffnen und Tegel geschlossen werden kann. Wenn die Hochschule nicht mehr daran glaubt (oder irgendwann zu sehr gewachsen ist), könnte auf dem Gelände des Parkhauses eher eine Bibliothek als eine Kita entstehen. Bis dahin bleibt auf dem Gelände aber erst mal ein Parkhaus. Im Wedding leben Totgesagte manchmal eben länger.

von Maja Lasić

Wie geht es weiter mit dem Himmelbeet?

Fußballplatz oder Erholung im Grünen – Beides eine Bereicherung für die Bürger*innen unseres Kiezes.

Das Himmelbeet ist ein wichtiger Anker im Antonkiez für den gesamten Wedding. Egal, ob wir dort eigene Beete pflegen oder nur Kaffee trinken wollen - für uns Weddinger ist das Himmelbeet ein unverzichtbarer Anker im Kiez.

Das Himmelbeet war jedoch nur zur Zwischennutzung des für Sport vorgesehenen Platzes geplant. Im Zuge der Weiterentwicklung des Standorts sind eine Sporthalle sowie ein „Safe-Hub“ vorgesehen, mit dem der Verein AMANDLA Fußball- mit Bildungsangeboten verknüpft. Um den Fortbestand aller Angebote zu sichern, ist eine bisher ungenutzte Ausweichfläche im hinteren Bereich des Leopoldplatzes im Gespräch.



Wie so oft, stockt der Prozess jedoch seit einer Weile: Die Verhandlungen, die zwischen dem Bezirksamt, Himmelbeet und AMANDLA geführt werden, gehen nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit voran. Es wurde bisher nicht

endgültig geklärt, ob das Himmelbeet auf den neuen Standort ausweichen kann und wie die Finanzierung des Umzugs ermöglicht werden soll. Über die Umsetzung von bereits bewilligten Mitteln vom Green Urban Lab ist auch keine endgültige Verständigung erfolgt.

Für mich als zuständige Abgeordnete auf Landesebene ist der aktuelle Zustand unbefriedigend. Ich werde in direkten Gesprächen mit den relevanten Akteuren darauf drängen, dass die wichtigen Fragen zeitnah geklärt werden und wir endlich Bewegung in die Verhandlungen bringen, damit sowohl aktuelle Nutzer der Fläche als auch die in der Warteschleife verharrenden Akteure mehr Klarheit über die Zukunft haben.



Grenzen des Konsums

von Jan Knoefel

Im Jahr 2017 wurde der „Earth Overshoot Day“ bereits am 2. August erreicht. Der Tag markiert den Zeitpunkt, zu dem sämtliche natürliche Ressourcen verbraucht sind, die sich innerhalb eines Jahres regenerieren. Ab wann werden wir dieses Jahr auf Kosten zukünftiger Generationen leben?

Der Earth Overshoot Day veranschaulicht eine einfache Wahrheit: Wir konsumieren zu viel. Und wenn ich „wir“ sage, dann meine ich in erster Linie die westliche Welt. Auch wenn bereits hinreichend bekannt ist, welches die Hauptverursacher von Umweltbelastung im privaten Bereich sind (u.a. Fleischkonsum, Fernreisen und Konsumgüter) so scheint doch nur ein geringer Anteil der Bevölkerung bereit zu sein, auf den Kurztrip nach Lissabon, das Schnitzel zum Mittagessen oder das neue Smartphone zu verzichten. Woran liegt es also, dass der individuelle Mensch seinen Konsum nicht weiter reduziert? Fühlt sich der Einzelne machtlos etwas zu verändern?

Oder ist der Mensch ein Gewohnheitstier, das, einmal an einen Lebensstandard gewöhnt, diesen nicht mehr missen möchte? Oder fühlen wir uns möglicherweise benachteiligt, wenn wir uns einschränken, der Nachbar dies hingegen nicht für nötig hält? Die Antwort ist wahrscheinlich eine Mischung aus allem.

Sosehr jeder einzelne auch in der Verantwortung steht, sollte man dennoch nicht vergessen, dass extensiver Konsum jahrzehntelang volkswirtschaftlich erwünscht und gefördert wurde und auch heute noch wird.

Wirtschaftswachstum ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts das erklärte Ziel fast jeder Nation (Bhutan mit dem Regierungsziel des Bruttonationalglücks bildet hier eine Ausnahme). Wachstum kann nur durch Konsum gelingen und die Maßnahmen um diesen anzukurbeln, sind vielfältig. Ein besonders bezeichnendes Beispiel bildet hier die „geplante Obsoleszenz“, in deren Rahmen Unternehmen bei Design und Konzeption den Lebenszyklus des Produktes bewusst verknappen. Dies wird beispielsweise durch schnellen Verschleiß einzelner Komponenten von nicht modularen oder kaum reparablen Geräten (z.B. Smartphones) oder fehlenden technischen Support bei veralteten Geräten (z.B. Computer Betriebssystemen) umgesetzt. Derartige Geschäftspraktiken haben ihren Ursprung bereits in den 1920er Jahren, weshalb es verwundert, dass erst in diesem Jahr mit der Absichtserklärung des Europäischen Parlaments „geplante Obsoleszenz zu bekämpfen“ auf politischer Ebene damit begonnen wurde, diesen Praktiken entgegenzuwirken.

Mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung, doch greift er nicht die Wurzel des Problems. Solange Wachstum als oberstes Ziel postuliert wird, welches nur durch stetig zunehmenden Konsum erreicht werden kann, bleibt das Problem bestehen. In einer Welt mit endlichen Ressourcen ist unendliches Wachstum nicht möglich. Es ist allerhöchste Zeit, andere Wirtschaftsmodelle (z.B. Postwachstum oder Degrowth) anzudenken und eine Transformation der Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Und darüber hinaus sollte jeder einzelne nicht nur die Bringschuld im System sehen, sondern aktiv die Transformation mitgestalten, bewusst konsumieren und dazu beizutragen, dass es eines Tages den „Earth Overshoot Day“ nicht mehr gibt.

„Hedonismus“
Foto: Tom Sodoge



Finanzmarktkapitalismus

von Kolja Lummert

Nach dem Börsencrash in den 2000er Jahren wird heute auf gefährliche Weise mit Geldern und Gütern spekuliert. Welche Konsequenzen kann man politisch künftig vermeiden?

Jede*r Ökonom*in denkt gerne an die 60er Jahre zurück. Ein wesentlicher Grund dafür waren die enormen Investitionen in die Realwirtschaft, die damals so möglich wie nötig waren. Sie schufen Vollbeschäftigung und einen sozialen Wohlstand, den man zuvor so nicht kannte. Klar: Jede*r wollte einen Farbfernseher, ein Telefon, ein Auto, eine Waschmaschine - und all das musste von Menschen produziert werden.

Heute ist ein Großteil des damals riesigen Bedarfs gedeckt. Zwar taucht er in jedem Haushalt in Form eines defekten Gerätes alle paar Jahre mal wieder auf, ist aber bei weitem nicht so hoch. Dazu kommt, dass elektronische Geräte heutzutage viel einfacher und billiger hergestellt werden können. Die Folge ist, dass die Realwirtschaft den Investitionshunger oft nicht mehr deckt. Eine Methode, dennoch für Bedarf zu sorgen, sind bei der Herstellung der Geräte sogenannte Sollbruchstellen. Sie findet man vor allem bei billigen, heute aber oft auch schon bei teureren Geräten.

Genauso häufig investiert die Wirtschaft aber auch in sich selbst, das heißt sie spekuliert nur mit vorhandenen Geldern, ohne einen greifbaren Gegenwert zu schaffen.

Diese Form der wirtschaftlichen Tätigkeit nennt man dann ‚Finanzmarktkapitalismus‘.

Dessen Folge sind zum einen weniger Investitionen in die Realwirtschaft. Es wird kein greifbarer Gegenwert mehr geschaffen. Stattdessen investiert die Wirtschaft in spekulative Papiere. Fantastische Gewinne sind möglich, aber auch der Rutsch ins Bodenlose, ähnlich dem „langgezogenen“ Börsencrash der 2000er Jahre. Bei der Vergabe von Krediten ist den Banken außerdem eine legale, aber gefährliche Buchgeldschöpfung möglich, wo Geldschöpfung sonst der Europäischen Zentralbank vorbehalten ist.

Kann es hier auch irgendwann zum Crash kommen, da sich Unternehmen und Banken einfach „verzockt“ haben? Wer bezahlt, wenn es sich um Unternehmen handelt, die „too big to fail“ sind, also unbedingt erhalten werden müssen? Staatsgelder hätten wohl Kürzungen im sozialen Bereich zur Folge, wären also für jede*n Sozialdemokrat*in ein Mittel, das zu umgehen wäre. Man kann sich fragen, was passiert, wenn die Spekulationsblase mal platzt. Und: Was ist mit dem Sparvermögen, wenn es wirklich mal zur Krise kommt?

Ein weiteres Problem unserer heutigen Wirtschaft stellt die 0-Zins-Politik dar. Da es sich nicht mehr lohnt, sein Geld bei den Finanzunternehmen anzulegen, wird immer häufiger in Immobilien investiert, die Preisschraube dreht sich immer weiter nach oben. Das Preispoker hat aber vor allem seine Folgen für diejenigen, die so viel Geld nicht aufbringen können. In der Regel werden die Investitionen auf die Mieten umgelegt, die für Normalverbraucher*innen immer weniger bezahlbar werden. So wirkt dann auch die Mietpreisschraube in ihrer jetzigen Form zu schwach, da die Spekulationen immer weiter gehen, die Schlupflöcher zu groß sind und die Leute sich nicht trauen, die Miete des Vormieters überhaupt zu erfragen.

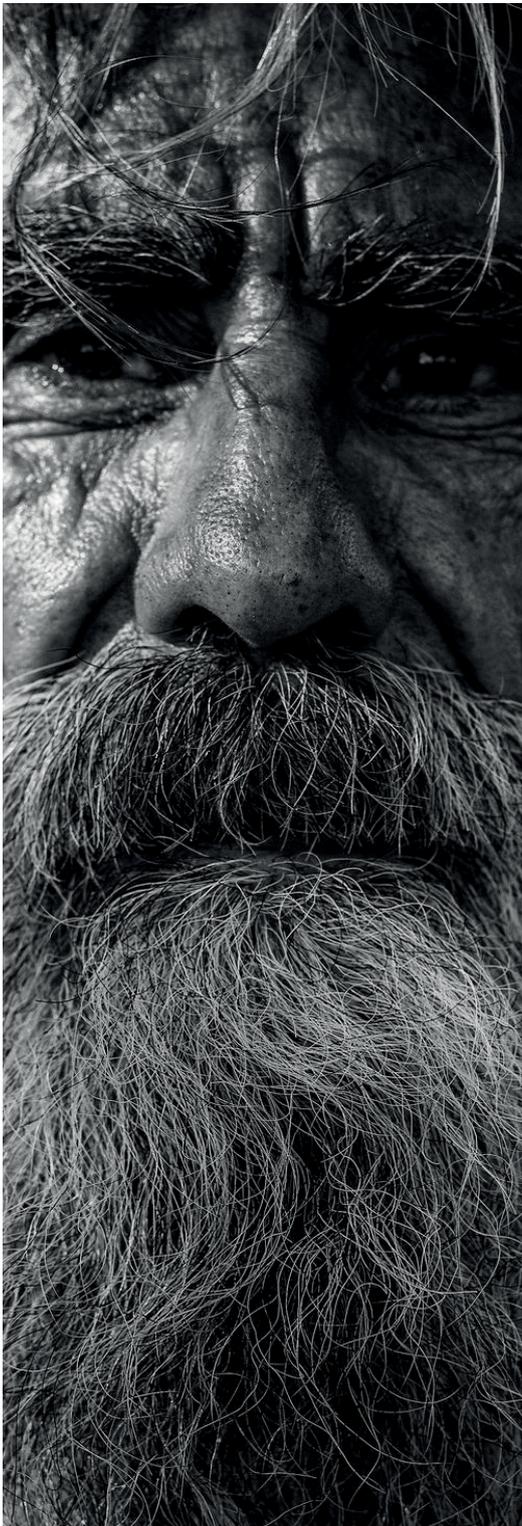
Was können wir tun?

Die Spekulationen im Finanzmarktkapitalismus müssen viel klarer durch Gesetze geregelt und gefährliche Spekulationen verhindert werden. Der Finanzmarkt bekäme ein Korsett, das ihn mehr auf das Wohle der Bevölkerung ausrichten könnte. Strenge Regeln bei der Schöpfung von Buchgeld sind nötig. Abschließend müssten die Zinsen wieder angehoben und stattdessen Vergünstigungen bei Investitionen in die Realwirtschaft geschaffen werden.

Kein Dach über dem Kopf

von Wiebke Rasmussen

Viele strukturelle Gründe führen zu zunehmender Verdrängung von Berliner*innen aus ihren Kiezen. Das schreit nach Solidarität mit jenen, die diesem Verdrängungswettbewerb aus persönlichen Gründen nicht Stand halten konnten: Den Obdach- und Wohnungslosen in Berlin.



„Kein Mensch muss in Deutschland auf der Straße leben!“ Diese Überzeugung hält sich wacker in den Köpfen all jener, die nicht selbst betroffen sind – und steht in starkem Kontrast zu einer traurigen Statistik, die Berlin seit Jahren anführt: Nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände leben zw. 4.000 und 10.000 Menschen auf den Straßen der Hauptstadt, bis zu 25.000 haben keinen festen Wohnsitz. So viele wie keine zweite deutsche Stadt. Als obdachlos gilt übrigens, wer dauerhaft auf der Straße lebt. Wohnungslose hingegen haben keine eigene Wohnung, leben temporär bei Freunden oder in Notunterkünften.

Im nahenden Berliner Winter ist es noch ein Stück weit unvorstellbarer, wie sich ein Leben auf der Straße anfühlt und warum Menschen sich vermeintlich bewusst für dieses Leben entscheiden. Sie werden vielleicht denken, das betreffe Sie nicht. Ein Glück, dass Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Recht behalten und nie ein Leben auf der Straße bestreiten müssen. Aber: Einige strukturelle Dynamiken, die Menschen (neben persönlichen Faktoren) aus ihren Wohnungen verdrängen, bekommen vielleicht auch Sie zu spüren.

- Immer mehr Menschen wollen in Berlin leben. Steigende Mieten sind die Folge. Dies ist auch im Wedding spürbar.
- Erstaufnahmeunterkünfte sind hoffnungslos überfüllt. Ämter suchen daher auch für Geflüchtete günstigen Wohnraum.
- Angebote des sozialen Wohnungsbaus decken die Nachfrage nicht (aktuell fehlen rd. 130.000 Wohnungen!); legitime, politisch aber nicht gewollte Umwandlungen überführen Sozialwohnungen in normal preisige Wohnungen. Geplante Zusatzkontingente federn die Bedarfe ebenso kaum ab.
- Gleichzeitig kaufen fragwürdige Immobiliengesellschaften sich reich und glücklich auf dem Berliner Wohnungsmarkt – und wandeln Mietwohnungen in teures Eigentum um.
- Die wohlklingende Mietpreisbremse hat sich als unwirksam erwiesen. Es fehlt an verlässlicher Datenbasis (Mietspiegel); bestehende Regelungen bieten Vermietern viele Schlupflöcher. Und: Wer will sich schon juristisch gegen seinen Vermieter anstrengen.

Die Situation ist prekär. Auch im Wedding. Wir freuen uns daher, dass wir auf dem Landesparteitag der SPD im November erfolgreich einen Antrag zum Mieter- und Milieuschutz platzieren konnten. Dazu können Sie sich bei unserer SPD-Arbeitsgemeinschaft „Soziale Stadt“ gerne näher informieren.

Diese Herausforderungen führen meistens „nur“ zur Verdrängung von Bewohner*innen aus den guten Lagen und selten in die finale Eskalationsstufe der Obdachlosigkeit. Vater Staat sieht Netz und doppelten Boden vor. Aber: Ein jeder muss um diese Netze wissen, muss in der Lage sein, sich durch die Bürokratie durchzuarbeiten (was in einer Phase der persönlichen Überforderung, aus der Obdachlosigkeit eben zumeist entsteht, ungleich herausfordernder ist) und ggfs. ist auch der Stolz zu überwinden. Viele obdachlose Geflüchtete haben zudem kaum Anspruch auf Unterstützung. Daher werbe ich um Mitgefühl: Die Geschichten derjenigen, die man in U-Bahnen und auf Straßen teils als lästige Bittsteller empfindet, sind jede für sich traurig und tragisch. Das Projekt „querstadtein – Obdachlose zeigen ihr Berlin“ will zu Gesprächen ermutigen und lässt in Stadtführungen ehemals Obdachlose mit ihrer Geschichte zu Wort kommen. Die Kältehilfe weiß, was auf den Straßen Berlins gerade an Unterstützung gebraucht wird.

Zwischen Oktober und November

von Pierre Harder

Ein Blick auf die SPD gegen Ende des ersten Weltkrieges im Kontext des 100-jährigen Jubiläums der Oktoberrevolution.

Sich mit der Oktoberrevolution 1917 auseinanderzusetzen bedeutet immer, auf die für Europa und die Welt vielleicht spannendsten Jahre der Geschichte zu schauen. Zwischen dem Höhepunkt der russischen Revolution in Petrograd (heute St. Petersburg) 1917, welche das alte Zarenreich zu einem kommunistischen Staat wandeln sollte, und der Abdankung des Deutschen Kaisers Wilhelm II., welche nach der Ausrufung der Republik durch Phillip Scheidemann zur Gründung der ersten deutschen Demokratie in Weimar führte, liegen spannende Monate.

Die russische Revolution begann schon im Februar ,17, als Arbeiterinnen der Kriegsindustrie mit der Forderung nach Brot auf die Straßen Petrograds gingen, und Soldaten sich weigerten, das Feuer auf jene zu eröffnen. Zar Nikolaus II. musste zugunsten des Militärs und des Parlamentes abtreten, die Monarchie in Russland war vorüber. Eben wegen des Kampfes zur Verteidigung gegen jenes anti-demokratische Zarentum bewilligte jedoch die SPD zu Anfang des Krieges noch die Kriegskredite.

Doch weder der bolschewikische Teil der Revolution noch der liberale wollte oder konnte den Krieg beenden. Die großenwahn-sinnige Dritte Oberste Heeresleitung des Deutschen Reiches zwang Russland und den neuen ost-europäischen Staaten einen Siegfrieden auf, wie ihn die Sozialdemokraten im Reichstag von Anfang an ablehnten. Sah man zwar in der SPD nach dem sogenannten ‚Augusterlebnis‘ (der Kriegsbegeisterung im Sommer ,14) die Notwendigkeit, einen Verständigungsfrieden, also einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen, einzufordern, blieb die Lage bis Kriegsende trotzdem äußerst kompliziert. Einerseits befürchtete die Parteiführung zu

recht, dass ein Ausbleiben der Unterstützung des Krieges der SPD zu einem generellen Verbot der Sozialdemokratie hätte führen können. Andererseits sahen Konservative und Alldeutsche im siegreichen Krieg das Mittel, um den Fortschritt der Arbeiter*innenbewegung zunichte zu machen. Ende 1917 jedoch sah sich die Sozialdemokratie in einer hoffnungsvollen Position. Während des Krieges wurden bereits substantielle Gesetze zum Wohl der Arbeiter*innen durchgesetzt, die Unzufriedenheit mit der Unterversorgung wuchs, sodass Streiks stattfanden, und der Sieg im ‚Verteidigungskrieg gegen den russischen Despotismus‘ eröffnete eine vielversprechende Friedensperspektive.

Die Diktatur durch die 3. OHL, namentlich durch Erich Ludendorff, welcher zu diesem Zeitpunkt ein Deutsches Reich bis nach Persien ersehnte, verhinderte jegliche Gedanken eines Verständigungsfriedens und setzte den Siegfrieden von Brest-Litowsk auf. Während das Massaker im Osten



fortlief, konnten Lenins Bolschewiki die Macht in Russland an sich reißen. Um diese Macht zu sichern, musste die neue Regierung aufgrund der militärisch aussichtslosen Lage jeden Friedensvertrag unterzeichnen, der ihnen vorgelegt würde. Ein ähnliches Schicksal sollte nur wenige Monate später die SPD erwarten, welche nach dem Schließen des Waffenstillstandes im Westen und der Revolution im eigenen Land staatspolitische Verantwortung übernehmen musste.

Mitte bleibt rot!

von Eva Högl

Erst weit nach Mitternacht des Wahlabends war es offiziell. Die meisten Menschen in Berlin-Mitte haben mir ihr Vertrauen geschenkt und mich nach 2009 und 2013 ein drittes Mal direkt in den Bundestag gewählt. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich!

Drei Monate waren wir unermüdlich im Bezirk unterwegs – bei Infoständen, Frühverteilungen, Diskussionsveranstaltungen, Kneipentouren, Sommerfesten, Gewerbetreibenden sowie an den Haustüren bei Tür-zu-Tür. Im Sprengel- und Brüsseler Kiez war die SPD Abteilung 16 „Grünes Dreieck“ ganz vorne mit dabei. Vor allem das tolle Engagement der vielen Neumitglieder der SPD

und ihre Kreativität haben mich beeindruckt.

Mit originellen Kreidesprühaktionen und Infoständen haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass Berlin-Mitte rot bleibt.

Es ist eine Ehre und Auszeichnung – und eine große Freude – den Wahlkreis Berlin-Mitte und seine 370.000 Einwohner*innen im Deutschen Bundestag zu vertreten. Mit Herz für Mitte, mit Engagement, guten Ideen und Beharrlichkeit werde ich mich in den nächsten vier Jahren weiterhin für die Belange der Menschen in Mitte einsetzen – für gute Arbeitsplätze, sichere Renten, bezahlbaren Wohnraum, öffentliche Sicherheit und ein gutes Miteinander in den Kiezen.

Als Anwohnerin liegen mir der Sprengel- und Brüsseler Kiez besonders am Herzen. Ich möchte meinen Nachbar*innen im Bundestag eine starke Stimme sein. Deswegen: Sprechen Sie mich an, wenn Sie eine Frage, ein Problem oder Anliegen haben. In meinem Wahlkreisbüro in der Müllerstraße 163 finden Sie immer ein offenes Ohr und eine Tasse Kaffee.



v.l.n.r.: Eva Högl, Jonathan Prill, Vera Weidmann, Bettina Schulze
Foto: Steffen Geyer
bearbeitet von wehg



Pro
von Ephraim Gothe

VS

Contra
von Olaf Dahmke

Zum Milieuschutz im Bezirk Mitte

Im Jahr 2016 hat der Bezirk Mitte fünf Gebiete, zwei in Moabit und drei im Wedding, zu Milieuschutzgebieten gemacht. In diesen fünf Gebieten befinden sich rund 55.000 Wohnungen, in denen ca. 95.000 Menschen leben.

Für Milieuschutzgebiete ergeben sich drei Komponenten:

Die Mieterberatung: Allen Bewohner*innen steht eine Mieterberatung zur Verfügung, die kompetent und auch in zwei Vor-Ort Büros berät.

Der Modernisierungsvorbehalt: Möchte ein Hauseigentümer sein Wohnhaus modernisieren, benötigt er neben der Baugenehmigung eine erhaltungsrechtliche Genehmigung. Hierbei darf ihm die Herstellung eines zeitgemäßen Standards nicht verwehrt werden, alle Maßnahmen, die zu einer erhöhten Miete führen, können jedoch untersagt werden. Die dabei entstehenden Verordnungsmieten liegen für ein typisches Haus Sprengelkiez in etwa zwischen 4,50 € und 6,50 €/qm netto kalt nach erfolgter Modernisierung. Außerhalb von Milieuschutzgebieten können die Eigentümer durch die Modernisierungsumlage häufig Nettokaltmieten über 10 €/qm durchsetzen.

Das Vorkaufsrecht: Soll in einem Milieuschutzgebiet ein Haus verkauft werden, kann der Bezirk das Vorkaufsrecht ausüben. Dieses eröffnet einer aktiven und geschlossenen Mietergemeinschaft in Abstimmung mit einer kaufwilligen Genossenschaft ein besonderes Maß an Mitbestimmung. Seit Ende November wird nun jeder Verkaufsvorgang scharf geprüft.

Was der Milieuschutz nicht kann: Die Umwandlungstätigkeit ist im Bezirk Mitte stark gestiegen, von 670 Wohnungen 2011 auf 2.074 Wohnungen 2016. Aufgrund der geringen Neubaurate verringern sich also die Mietwohnungen im Bezirk. In Milieuschutzgebieten kann ein **Umwandlungsverbot** beschlossen werden, was am 14.3.2015 für Berlin erfolgt ist.

Das ärgerlichste Schlupfloch beim Milieuschutz ist die Ausnahme vom allgemeinen Umwandlungsverbot: Hiernach darf ein Haus unter der Maßgabe, dass der Kauf zunächst und für 7 Jahre nur den Mieter*innen angeboten wird, doch umgewandelt werden. Wie wir wissen, sind aber 7 Jahre so gut wie nichts im Leben eines Quartiers. Dieses Loch zu stopfen steht ganz oben auf meiner Wunschliste an eine neue Bundesregierung.

Das Geschäft mit Immobilien in Berlin funktioniert ausgezeichnet. Für die Immobilienwirtschaft, nicht für die Menschen in den betroffenen Häusern, die die Renditeerwartungen der Investor*innen bezahlen müssen.

Die Mechanik der Verdrängung ist einfach beschrieben: Umfassende Modernisierungen mit Umlage der Kosten auf die Miete, Aufteilung in Eigentumswohnungen und hohe Neuvertragsmieten. Der Milieuschutz ist hier das einzige Werkzeug, das den Bezirken zur Verfügung steht: Die Umwandlungsverordnung, der Genehmigungsvorbehalt bei Modernisierungen und das Vorkaufsrecht könnten geeignet sein, der spekulativen Verwertung von Häusern Einhalt zu gebieten.

Leider ist der Milieuschutz lediglich ein städtebauliches Instrument nach Baugesetzbuch und nicht Bestandteil des Mietrechts und kann demzufolge nur mittelbar dämpfend auf die Mieten wirken. Zusätzlich existieren in der Umsetzung zu viele Schlupflöcher.

Es gibt für mich kein klares Contra, es gibt vielmehr Gründe für einen besseren Milieuschutz, der sich ausdrücklich nicht nur städtebaulich begründen lässt sondern rechtlich als Mieter*innenschutz ausgestaltet werden muss. Gleichzeitig sollten die vorhandenen Schlupflöcher geschlossen werden. Bis dahin sind wir darauf angewiesen, dass die vorhandenen Möglichkeiten mit dem nötigen politischen Willen umgesetzt werden.

Freiheit, ein Grundwert der Sozialdemokratie, bedeutet in diesem Zusammenhang auch, nicht umziehen zu müssen. Ein Grundsatz der im Übrigen nicht für die SPD gelten sollte, die muss sich bewegen. Wir müssen preiswerten Wohnraum schaffen und dauerhaft sichern, indem wir z.B. das Konzept der Wohnungsgemeinnützigkeit revitalisieren. Darüber hinaus muss sich die SPD für eine andere Bodenpolitik einsetzen, die der Spekulation Einhalt gebietet.

Alle müssen bleiben können.

Gentrifizierung durch den Magen

von Bastos Jüngst

Ein Gespenst geht um im Sprengelkiez – das Gespenst der Gentrifizierung. Bei uns zeigt es sich vor allem in kulinarischer Form. Die Raffinesse dabei: Bis diese Gourmet-Gentrifizierung verdaut ist, dauert es. Und ehe man weiß, was hinten bei rauskommt, ist es auch schon zu spät.

Gentrifizierung hat ja bekanntlich viele Gesichter. Anders als bei unseren Nachbarn, den „Friedrichshainis“ und „Prenzlwichsern“, erkennt man sie in unserem Kiez jedoch weniger an Hipster-Horden und Kinderwagen-Kolonnen. Klar: Auch bei uns gibt es diese Gentrifizierung-All-Time-Classics. Genauso wie Mietsteigerungen und Microapartments. Doch das auffälligste Merkmal der Gentrifizierung im Sprengelkiez ist und bleibt der Wandel der kulinarischen Landschaft.

Über die Jahre sind urige Eckkneipen, schmutzige Dönerbuden und grundsolide Pizzerien von der Bildfläche verschwunden. Stattdessen erblühte eine Vielfalt an Köstlichkeiten wie aus 1001 Nacht. Allein aus dem asiatischen Raum hat der Sprengelkiez fast alles auf der Speisekarte: Japanisch, Indisch, Vietnamesisch, Taiwanesisch, Sri Lankanisch und Tamilisch. Koreanisch gibt es sogar zwei Mal – ganz wie im echten Leben.

An Berlin – und dem Sprengelkiez – wird ja für gewöhnlich das zeitgleiche Nebeneinander der Gegensätzlichkeit geschätzt und geliebt. Sozusagen die Vollendung der Hegel'schen Dialektik: Hier leben arm und reich, alt und jung, deutsch und international, zugezogen und alteingesessen. Seite an Seite. Nicht getrennt in Stadtvierteln, sondern zusammen im Kiez.

Das gilt nicht nur sozio-kulturell, sondern auch sozio-kulinarisch. Berlin ist das Zentrum der Hochglanz-Gastronomie. 21 Restaurants dürfen sich mit einem Michelin-Stern schmücken. Berlin ist aber auch das Mekka des Trash-Foods. An fast jeder Ecke gibt es Döner und Falafel – mitunter für gespenstisch wenig Geld. Neue Trends wie Streetfood-Märkte und polnische Pieroggen ergänzen Traditionelles wie Eisbein, Currywurst und Pfannkuchen.

Diese Einheit in Vielfalt wird auch im Sprengelkiez gelebt – noch. Kiezinstitutionen wie der Lindengarten und Deichgraf bieten Bodenständiges und Klassisches, Neueröffnungen wie das Kubi und Cozy Mazu Ausgefallenes und Modernes.

Damit Berlin – und der Sprengelkiez – so lebens- und liebenswert bleiben, sollte uns daran gelegen sein, diese Mischung zu erhalten. Sozio-kulturell ebenso wie sozio-kulinarisch. Denn diese Mischung ist einzigartig. Sie ist das Salz in der Suppe. (Dass es gerade Zugezogene sind, die diese Suppe mit Lobeshymnen löffeln und gleichzeitig versalzen, ist süß-saure Ironie des Schicksals.)

Doch was genau heißt das für unseren Kiez?

Griechische Tapas, österreichischer Strudel und italienische Paninis sind lecker. Keine Frage. Doch Döner, Falafel und Schnitzel dürfen eben auch nicht fehlen. Das Eine darf nicht auf Kosten des Anderen gehen. Beides hat seine Berechtigung. Beides ist eine Bereicherung. Und beides braucht seinen Platz in unserem Kiez.

Bayrisches Flaschenbier und Gin Tonic gibt es mittlerweile an jeder Ecke. Frisch gezapftes Schulle, flankiert von einem Futschi. Das ist das, was wir (wieder) brauchen. Alter Wein in neuen Schläuchen sozusagen.

Um dem Gespenst der Gourmet-Gentrifizierung Einhalt zu gebieten, gibt es nur einen Weg: Kulinariker aller Geschmäcker vereinigt euch! Kostet ruhig das Neue. Aber konserviert dabei das Alte.



Comptoir de rhum agricole / Rumkontor

de Martinique

Séraline

Maison fondée en 2012

Seit nunmehr 5 Jahren beliefern wir vom Sprengelkiez aus als Exklusivimporteur Österreich und Deutschland vor allem mit französischem Rum aber auch saisonale karibische Feinkost. Auch finden in unseren Räumlichkeiten regelmäßig private Tastings, Masterclasses aber auch Incentive Veranstaltungen statt.



Seraline

Öffnungszeiten:
Telefon: 030/91473451

Fehmarner Str. 3

Mi-Fr: 17:00 - 20:00 Uhr
E-Mail: info@seraline.de

13353 Berlin

Sa: 16:00 - 20:00 Uhr
Homepage: www.seraline.de



16. Abteilung „GRÜNES DREIECK“

www.spd-gruenes-dreieck.de

www.facebook.com/gruenesdreieck

info@spd-gruenes-dreieck.de

